



GdP aktiv



Gewerkschaft der Polizei (GdP) - Kreisgruppe Mannheim

Ausgabe
23.11.2009

Unsere Themen:

Gewalt
DFB und GdP
beschließen
Partnerschaft
(Seite 2)

GdP beim
„12. Schöneberger
Forum“ in Berlin
Demografischer
Wandel wird um
Polizei keinen Bogen
machen“
(Seite 3)

Konrad Freiberg:
Studie
„Gewalt gegen
Polizei“ darf nicht
gefährdet werden
(Seite 3)

Tarif
Erste Gespräche im
Polizeibereich
(Seite 4)
Beeindruckt vom
funktionellen
Dienstgebäude
GdP besucht das neue
Polizeirevier in Buchen
(Seite 5)



Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei Mann-
heim, Vorstand, B 6, 4-5 / 68159
Mannheim, Telefon 0621/174-4226
Fax: -3999
Email: info@gdpmannheim.de
Internet: www.gdpmannheim.de
Redaktion: Thomas Mohr



Der GdP-Landesvorstand tagte letzte Woche in Eberdingen.

Foto: Thomas Mohr

GdP-Landesvorstand gegen Sparmaßnahmen

Eberdingen: Der GdP Landesvorstand hat sich anlässlich seiner Sitzung am 19.11.2009 mit dem Haushaltentwurf der Landesregierung beschäftigt und sich eindeutig gegen die beschlossenen Sparmaßnahmen ausgesprochen.

Die Streichung von 45 Millionen €, die für den Digitalfunk gedacht waren, sind ein katastrophales Zeichen gegen die Einführung des lange überfälligen Digitalfunks der Polizei. Auch wenn sich eine Einführung verzögert, ist das dann eingesparte Geld unwiderruflich im Haushalt für andere Zwecke ausgegeben worden und steht nicht mehr für den eigentlichen Zweck zur Verfügung.

Die Streichung der Polizeizulage für die in Ausbildung befindlichen Kolleginnen und Kollegen ist ein Einschnitt in die Entlohnung der Berufsanfänger der Polizei und wird von der Gewerkschaft der Polizei nicht akzeptiert. Gerade im Hinblick auf die massiven Personalstreichungen und die damit verbundenen Personalengpässe wurde das Praktikum der sog. Auszubildenden deutlich verlängert. Die Streichung der Polizeizulage im ersten Ausbildungsjahr trifft genau diese Kolleginnen und Kollegen und ist keine Motivation, um jungen Menschen den Polizeiberuf attraktiver zu gestalten.

Wer dann die Einsparungen von 1,4 Millionen Euro durch die Streichung der Polizeizulage den Mehrausgaben von 1,3 Millionen Euro für die neue, blaue Dienstkleidung, auch unter dem Deckmantel der Funktionsverbesserung, gegenüberstellt, erkennt deutlich, dass die Einführung der Blauen Dienstkleidung eben nicht kostenneutral erfolgt.

Die Gewerkschaft der Polizei begrüßt aber die Sicherstellung von 1400 Beförderungsmöglichkeiten, die der Polizei versprochen und zugesagt und in den Koalitionsvereinbarungen festgeschrieben wurden.

Kritisiert wird das Fehlen jeglicher finanzieller Zeichen hinsichtlich einer deutlichen Erhöhung des Erschwerniszulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten.

Die Gewerkschaft der Polizei erkennt zwar die angespannte Haushaltslage des Landes, stellt aber auch klar fest, dass weitere Einsparungen bei der Polizei nicht akzeptabel sind. **Gute Polizeiarbeit, hervorragende Leistungen und stets zunehmender Arbeitsdruck bedürfen nicht nur wohlwollender Worte und Gesten, sondern auch gewollten finanziellen Investitionen in die Innere Sicherheit.**



Gemeinsam gegen Gewalt

DFB und Gewerkschaft der Polizei beschließen Partnerschaft

Frankfurt a. M./Berlin. Gemeinsam gegen Gewalt, gemeinsam für ein friedliches Miteinander. Das ist das Ergebnis eines Gespräches zwischen dem Deutschen Fußball-Bund (DFB), der Deutschen Fußball Liga (DFL) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in der DFB-Zentrale in Frankfurt am Main.

In Zukunft wollen alle Seiten zur Eindämmung von gewalttätigen Übergriffen im Umfeld des Fußballs effektiver zusammenarbeiten und partnerschaftlich vorgehen.

Neben der Intensivierung bereits vorhandener Präventivmaßnahmen und der konsequenten Nutzung der Sportgerichtsbarkeit wird es auf Anregung von DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger und Generalsekretär Wolfgang Niersbach dazu in enger Zusammenarbeit mit der DFL, die durch ihren Geschäftsführer Spielbetrieb Holger Hieronymus vertreten war, sowie der GdP einen gemeinsamen Kongress geben, der von einer Medienkampagne begleitet werden soll.

Ziel ist es, den Fußball und die Polizei für alle sichtbar als Partner



Gemeinsam gegen Gewalt: (v.l.) GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg, Jörg Radek, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Bereitschaftspolizei verantwortlich, und GdP-Justiziar Sascha Braun im Gespräch mit der DFB-Spitze; (v.r.) Holger Hieronymus, Geschäftsführer Spielbetrieb der Deutschen Fußball-Liga (DFL), DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger, DFB-Generalsekretär Wolfgang Niersbach, Helmut Spahn, DFB-Sicherheitsbeauftragter und Ralf Köttker, Direktion Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Foto: Holecek

im Kampf gegen Gewalt darzustellen. „Wir können nicht alle Probleme in unserer Gesellschaft lösen. Aber wir stellen uns unserer gesellschaftlichen Verantwortung und wollen im Rahmen eines solchen Kongresses Inhalte erarbeiten, Denkanstöße geben und konkrete Projekte auf den Weg bringen“, sagte Zwanziger, der die Veranstaltung für die erste Jahreshälfte 2010 plant.

Dabei soll das Thema Gewalt und Fußball sachlich aufgearbeitet, richtig eingeordnet und ein künftiges

Handlungsmuster entworfen werden. Ein Vorgehen, das ganz im Sinne der GdP ist. „Durch diesen Dialog sind wir einen guten Schritt weiter.“

Wir gehen damit einen sachlichen, nicht einen populistischen Weg. Der Fußball und wir wollen doch dasselbe: Möglichst wenig Einsätze für unsere Polizeibeamten“, sagte Konrad Freiberg, der Vorsitzende der GdP.

Gemeinsam gegen Gewalt

GdP Baden-Württemberg begrüßt Partnerschaft mit dem DFB

Im Kampf gegen die zunehmende Gewalt rund um Fußballstadien wollen der Deutsche Fußball-Bund (DFB) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) künftig enger zusammenarbeiten.

Neben der «Intensivierung bereits vorhandener Präventivmaßnahmen» und der «konsequenten Nutzung» der DFB-Sportgerichtsbarkeit sei auch ein gemeinsamer Kongress geplant, teilte der DFB am Montag im Anschluss an einen Runden

Tisch mit. An dem für die erste Jahreshälfte 2010 geplanten Kongress sollen neben Vertretern des DFB und der GdP auch die Deutsche Fußball Liga (DFL) teilnehmen.

Gerade die letzten Ausschreitungen in Mannheim, beim Fußballspiel des SV Waldhof Mannheim gegen den 1.FC Kaiserslautern und die Diskussion um die „Bastelräume“ der Ultras-Szene im Stadion, veranlasste die GdP-Baden-Württemberg dazu den DFB-Präsidenten Dr. Theo

Zwanziger anzuschreiben und ihn zum Handeln aufzufordern.



„Die GdP hat dies dann zur Chefsache erklärt und wir sind als baden-württembergische GdP stolz darauf, dass wir daran mitgewirkt haben, dass diese Partnerschaft zwischen der GdP und dem DFB nun stattfindet!“, so Rüdiger Seidenspinner, Landesvorsitzender der GdP Baden-Württemberg.



GdP beim "12. Schöneberger Forum" in Berlin

Demografischer Wandel wird um Polizei keinen Bogen machen"

Berlin. Thesen "fürsorglicher Erfordernisse an eine alternde Polizei" stellte Jörg Radek, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands, in einem Fachforum unter der Überschrift "Von Arbeitsschutz bis Zwangspensionierung - Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst" anlässlich des 12. Schönebergers Forum in Berlin vor. Radek mahnte: "Der Rückgang der Bevölkerungszahl, die Bevölkerungswanderung und der Altersaufbau der Gesellschaft haben die deutsche Polizei erfasst. Diese Situation wird für die Polizei in Deutschland durch den Personalabbau in der Vergangenheit und die Pensionierungswelle in der unmittelbaren Zukunft verschärft."

Reform- und Modernisierungsprozesse, so zu lesen in der Einleitung zum Thema des Fachforums, prägten seit geraumer Zeit die Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Personaleinsparungen führten zu Arbeitsverdichtung, Stress und psychischen Problemen. Gleichzeitig steige der Anspruch an die Qualität der Arbeit.

Mehr denn je seien gesunde, qualifizierte, motivierte und zufriedene Beschäftigte eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende öffentliche Verwaltung. Die Gesundheit der Beschäftigten zu fördern, sei ein wichtiger Faktor dafür, dass die öffentliche Verwaltung auch künftig leistungsfähig bleibe. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, reiche aber der



Anton Lieven (r.), Leiter der Abteilung Öffentlicher Dienst im Bundesministerium des Innern, antwortet auf die Thesen von Jörg Radek, Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, der "fürsorglichen Erfordernisse an eine alternde Polizei". Foto: Renate Stiebitz

klassische Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht mehr aus.

Der dürfe jedoch nicht vernachlässigt werden. Vielmehr sollte er durch moderne Instrumente betrieblicher Gesundheitsförderung ergänzt werden. Gesundheitsmanagement könne dann dazu beitragen, dass Maßnahmen der Gesundheitsförderung nachhaltig umgesetzt und in die Personal- und Organisationsentwicklung eingebunden würden.

Radek: "Alternsgerechtes Arbeiten setzt zunächst Führungsverständnis für die Situation voraus. Ein 'Vogel-Strauß-Verhalten' wird der Herausforderung nicht gerecht. Auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit fördert diese Mentalität und wird der Problemstel-

lung für die Polizei im Außen- und Binnenverhältnis nicht gerecht."

Arbeitsfähigkeit und die Fähigkeit, die Arbeit zu bewältigen, sei, so Radek, für eine Eingriffsverwaltung von zentraler Bedeutung. Voraussetzung für die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Organisation sei, die Kompetenz des Einzelnen zu erhalten und zu fördern.

Radek: "Polizeilichen Leistungen werden stets durch Menschen repräsentiert. Steigende Gewaltbereitschaft, Widerstandshandlungen gegen Polizeikräfte, gesundheitliche Auswirkungen des Schichtdienstes, Arbeitsverdichtung und der Arbeitsplatz „Funkstreifenwagen“ sind schon altersunabhängig Belastungsgrößen."

Studie „Gewalt gegen Polizei“ darf nicht gefährdet werden



Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Innenministerkonferenz aufgefordert, alle Zweifel an der geplanten Studie „Gewalt gegen die Polizei“ zu beseitigen. Es müsse möglich sein, auf Fragenkomplexe zu ver-

zichten, die Verunsicherung ausgelöst hätten. Die Akzeptanz der Studie dürfe nicht gefährdet werden.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Diese Studie ist wichtig, um endlich das gesamte Ausmaß der wachsenden Gewalt und der Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte einschätzen zu können.“

Diese Erkenntnisse sind eine wichtige Grundlage für notwendige Maßnahmen, um die Kolleginnen und Kollegen künftig besser zu schützen.“ Innerhalb von zehn Jahren, so die GdP, sei

der Widerstand gegen die Staatsgewalt, wie er in der Kriminalstatistik erfasst werde, um über 30 Prozent gestiegen. Freiberg: „Das allein signalisiert, dass die Polizei in ihrer Dienstausbildung besser geschützt und die Straftäter härter bestraft werden müssen.“

Auch Konsequenzen für die polizeiliche Ausbildung, die Schutzausstattung der Beamten und die Personalstärke seien denkbar. Freiberg: „Deshalb ist diese Studie für jeden Polizeibeamten wichtig.“



Erstes Gespräch im Polizeibereich



Entgeltordnung der Länder



Christina Falk, GdP-Tarifexpertin

Zu Beginn der Verhandlungen zur Entgeltordnung der Länder nach der Sommerpause beschlossen die Verhandlungspartner, Arbeitsgruppen für die verschiedenen Bereiche einzurichten.

Daher wurde für die Merkmale des Polizeibereichs eine Arbeitsgruppe mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern von ver.di, dbb tarifunion und der GdP eingerichtet.

Am 19. November 2009 fand das erste Arbeitsgespräch für den Polizeibereich zwischen der Arbeitsgruppe und den Vertreterinnen und

Vertretern der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) statt. Schwerpunkt dieses Gesprächs war der Arbeiterbereich. Aufgrund der Tarifeinigung von März 2009 zur Fortsetzung der Verhandlungen der Entgeltordnung beschränkte sich das Gespräch auf die Bereinigung, Modernisierung (Aufnahme neuer Berufsbilder) und Entschlackung des alten Lohngruppenverzeichnisses. Erst in einem weiteren Schritt – voraussichtlich nach der Einkommensrunde 2010 – wird es um die nächsten Schritte zur Tarifierung einer neuen Entgeltordnung gehen. Die Arbeitsgruppe hat den Vertreterinnen und Vertretern der TdL die Vorstellungen der Gewerkschaftsseite in der Form unterbreitet, dass die Lohngruppen den Entgeltordnungen entsprechend zugeordnet werden.

Die Lohngruppen 2 und 2a sollen der Entgeltgruppe 3 zugeordnet werden. Als Tätigkeitsmerkmal soll die eingehende Einarbeitung herausgearbeitet werden.

Die Zuordnung in die Entgeltgruppe 4 sollen Beschäftigte mit einer Ausbildung von zweieinhalb Jahren mit besonderen Funktionsmerkmalen für die Polizeiverwaltung (Lohngruppen 3 – 4a) erfahren. In der Entgeltgruppe 5 fordert die Gewerkschaftsseite eine Einreihung/Eingruppierung der Beschäftigten der Lohngruppen 4 – 5a. Die Lohngruppen 5 – 6a sollen in der

Entgeltgruppe 6 die hochwertigen Arbeiten verrichten. Weiterhin sollen die Funktionsmerkmale aus dem Kfz-Bereich zusammengefasst werden.

In der EG 7 (Einreihung/Eingruppierung EG 6 – 7a) sollen sich hochwertige Tätigkeiten mit Qualifizierungsmerkmalen wiederfinden. Zudem soll in der EG 7 das Berufsbild des Mechatronikers ergänzt werden. Dieses Berufsbild hat die Gewerkschaftsseite ebenfalls als Beispiel in der Aufzählung für die EG 8 gefordert. In der EG 8 sollen sich die Beschäftigten aus den Lohngruppen 7 – 8a wiederfinden.

Als Funktionsmerkmale sind neben dem Kfz-Bereich die Hubschrauberwarte und die Metall- und Waffenmechaniker eingereiht. Besonders hat die Gewerkschaftsseite darauf hingewiesen, dass die Hubschrauberwarte mit Prüftätigkeiten eine besondere Verantwortung tragen und somit eine Eingruppierung in die EG 9 gerechtfertigt ist.

Die Vertreterinnen und Vertreter der TdL behalten sich vor, die Forderungen der Gewerkschaftsseite bis zum nächsten Termin der Verhandlungskommission am 9./10. Dezember zu überdenken. Eine Entscheidung wird daher erst in dieser Sitzung zu erwarten sein.

Weitere Bereiche werden in den kommenden Sitzungen besprochen.

Haben Behörden des Landes bei den Hutu-Terrorchefs beide Augen zugeedrückt? Uli Sckerl: Grüne verlangen sofortige Aufklärung und Konsequenzen



Die Grünen im baden-württembergischen Landtag bezeichnen die Verhaftung der Anführer der terroristischen Milizenorganisation FDLR Ignace M. und Straton M. als überfällig. Die beiden Milizenchefs lebten offensichtlich jahrelang unbehelligt in Mannheim und Nürtingen. Zu ihrer Verhaftung kam es jetzt trotz seit Jahren vorliegender eindeutiger Hinweise nur, weil internationale Organisationen auf Deutschland Druck machten. „Schon das ist ein

Vorgang und ein Verhalten der zuständigen Behörden besonders in Baden-Württemberg, das dringend aufgeklärt werden muss. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Chefs einer berüchtigten Terrororganisation mit Duldung durch die hiesigen Behörden jahrelang von Baden-Württemberg aus ihrem grausamen Geschäft nachgehen konnten“, sagte der innenpolitische Sprecher der Landtagsgrünen Uli Sckerl.

In diesem Zusammenhang sei die Beschäftigung des 2. Hutu- Milizenchefs als IT-Experte im Justizministerium ein zusätzlich skandalöser Vorgang. „Der Justizminister aber

auch der Innenminister müssen lückenlos beantworten, wie der Milizen-Vize trotz mehrfacher Sicherheitsüberprüfungen im Justizministerium vier Jahre lang ein- und ausgehen konnte. Der Mann steht immerhin seit 2008 auf der Fahndungsliste von Interpol und seit 2005 auf der Terrorliste der USA. Und es gab es u.a. von Menschenrechtsorganisationen immer wieder eindeutige Hinweise auf die Rolle und das Treiben der beiden“, so der Grünen-MdL weiter.

Wenn erst ein Presseartikel Auslöser für den Justizminister zur Beendigung des Vertragsverhältnisses war, dann gebe es massiven Klä-

rungsbedarf. Die Landtagsgrünen fordern, dass Innenminister Rech und Justizminister Goll umgehend zu allen aufgeworfenen Fragen lückenlos Stellung nehmen. Die Grünen haben dazu heute auch einen Antrag an die Landesregierung gerichtet. Sckerl: „Es wirft ein extrem schlechtes Licht auf die zuständigen Minister und ihre Behörden, wenn international gesuchte Terrorchefs jahrelang unbehelligt hier im Exil leben, ihrem grausamen Geschäft nachgehen und dies auch noch mit einer Beschäftigung im Ministerium finanzieren konnten. Das schreit förmlich nach Konsequenzen.“

Beeindruckt vom funktionellen Dienstgebäude

GdP besucht das neue Polizeirevier in Buchen

Neckar-Odenwald-Kreis. Das neu errichtete Polizeirevier in Buchen, das sich sehr repräsentativ am Eingang zur Stadt Buchen zeigt, erhielt dieser Tage Besuch einer Abordnung der Gewerkschaft der Polizei, kurz GdP genannt. Zuvorderst mit dem neu im Amt befindlichen GdP-Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner, dem Kreisgruppenvorsitzenden der PD Mosbach, Polizeioberkommissar Karlheinz Herzog, dem GdP-Seniorenvertreter und ehemaligen Dienststellenleiter der PD Mosbach, Polizeidirektor Alfred Lieb. Die genannte Delegation wurde in den Räumlichkeiten des neuen Polizeireviers Buchen durch den Revierleiter, Polizeioberrat Joachim Schneider herzlich willkommen geheißen und voller Stolz konnte Schneider sein Revier im Detail vorstellen. Als sehr bemerkenswert konnte hierbei vernommen werden, dass eine sehr kurze Bauzeit umgesetzt, ja realisiert wurde. So fand der 1. Spatenstich zum Revier-Neubau am 9. Juni 2008 statt und der Bezug des überaus funktionalen Gebäudes, das den Streifendienst, den Bezirksdienst, die Hundeführer und die kriminalpolizeiliche Außenstelle der PD Mosbach in sich birgt, konnte bereits zum 15. September diesen Jahres vorgenommen werden. Man höre und staune: 4 Wochen früher als ursprünglich geplant worden war. Alle Beschäftigten brachten sich beim Umzug kräftig mit ein, so dass der gesamte Umzug binnen eines Tages vollzogen werden konnte. Erstaunt und sichtlich erfreut zeigten sich die Delegationsteilnehmer beim Revier-Rundgang schon deshalb, weil sie registrieren konnten, dass die dort Beschäftigten in sehr angenehmen, gut ausgestatteten, sehr funktionalen und hellen Räumen ihren Dienst versehen können. Die gesamte Ausstattung entspricht den heutigen Anforderungen, auch in technischer Hinsicht und lässt derzeit keine Wünsche offen. Entsprechend zufrieden zeigte sich auch der Revierleiter bei seinen Statements mit seinen Begleitern. Das Herzstück des Reviers, der Funkraum (Operationszentrale) wurde von Jürgen Spiesberger vor-



Fototermin vor den neuen Dienstgebäude von links: Revierleiter Joachim Schneider, den GdP-Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner, den GdP-Kreisgruppenvorsitzenden Karlheinz Herzog, den GdP-Pensionärsvertreter Alfred Lieb und Rolf Günther.

gestellt. Vor allem die digitale Zellenüberwachungsmöglichkeit wurde positiv hervorgehoben. Am Ende der Führung angelangt, konnte der GdP-Landesvorsitzende Seidenspinner, der sich recht beeindruckt von dem neuen Revier zeigte und dies auch zum Ausdruck brachte, an den Revierleiter einen beachtlichen Geldbetrag übergeben, der für die Geschirrspülmaschine im Sozialraum Verwendung finden wird.

POR Schneider zeigte sich hierüber sehr erfreut und dankte, auch namens seiner Beschäftigten, für diese überaus noble Geste.

Gleichzeitig wies Schneider darauf hin, dass am 13. Juni nächsten Jahres beim Revier Buchen ein "Tag der offenen Tür" eingeplant sei, bei dem die Öffentlichkeit bereits heute eingeladen ist.

Alexander Bürklen